

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS  
STADTVERBAND HALLE (SAALE)



# Beschlussbuch des SPD-Stadtparteitages der SPD Halle am 12.10.2013

Halle (Saale),  
25.10.2013

#### ADRESSE

SPD Halle (Saale)  
Adolf-Reichwein-Haus  
Große Märkerstraße 6  
06108 Halle (Saale)  
[www.spd-halle.net](http://www.spd-halle.net)

#### KONTAKT

TEL 0345 2029439  
FAX 0345 4789498  
[rg.sued@spd.de](mailto:rg.sued@spd.de)

#### VORSITZENDE

Christian Weinert

#### STELLVERTRETER

Katharina Hintz  
Katja Pähle

#### SCHATZMEISTER

Lukas Balsler

#### GESCHÄFTSFÜHRER

Stefan Will

## Inhaltsverzeichnis

### Kommunalpolitik

|   |   |
|---|---|
| Programm Kommunalwahl.....  | 4 |
| Ein Händelplatz für Halle .....   | 5 |
| Weibliche Vorbilder im halleschen Stadtbild präserter machen .....  | 6 |
| Fair-Trade-Stadt Halle .....  | 7 |
| Ablehnung der geplanten Mittelkürzungen des Landes Sachsen-Anhalt für die Theater<br>Oper und Orchester GmbH (TOO GmbH) ..... | 8 |

### Landespolitik

|   |    |
|---|----|
| Studie für Theaterstätten Sachsen-Anhalts .....   | 9  |
| Kürzen allein ist noch keine Politik – Die Zukunft des Landes Sachsen-Anhalt muss<br>politisch bestimmt werden! Finanzpolitische Grundsätze für ein Selbstverständnis der<br>SPD Sachsen-Anhalt ..... | 10 |
| Zukunftsfähigkeit des Wissenschaftssystems in Sachsen-Anhalt sichern .....  | 15 |
| Studentenwerke in Halle und Magdeburg langfristig finanzieren .....   | 17 |
| Hochwasserschutz.....   | 18 |
| Saale-Elster-Kanal zu den Akten legen .....   | 19 |
| Dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern .....  | 20 |
| „Nein!“ zum sogenannten Familienstandsdarlehen.....   | 21 |
| Kennzeichnungspflicht als Koalitionsbedingung .....   | 22 |
| Einrichtung einer Ermittlungsstelle für unangemessene Polizeigewalt .....   | 23 |

### Bundespolitik

|  |    |
|--|----|
| Versorgung psychisch erkrankter Elternteile.....                   | 24 |
| Kinder- und Jugendhilfe auf sichere Füße stellen.....              | 25 |
| Einschulungsbeihilfe .....   | 26 |
| Reduzierter Mehrwertsteuersatz für sogenanntes Sozialcatering..... | 27 |
| Abschaffung der Residenzpflicht .....                              | 28 |
| Aufhebung der Pflicht zur Zuordnung zu einem Geschlecht.....       | 29 |
| Generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen .....               | 30 |

|  |    |
|--|----|
| Umwandlung der Kirchensteuer in ein kircheneigenes Beitragssystem..... | 31 |
| Zwangstranssexualisierungen verhindern.....                            | 32 |
| Investitionsprogramm kommunale Straßen .....                           | 33 |

**BESCHLUSS K1**  
**Weiterleitung an: SPD-Stadtvorstand**

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

**Programm Kommunalwahl**

Der Stadtvorstand des Stadtverbandes Halle/ Saale der SPD wird aufgefordert, unverzüglich dafür Sorge zu tragen, dass unter Einbeziehung aller örtlichen Parteigliederungen und Gremien ein Programm für die nächste Kommunalwahl diskutiert und beschlossen wird, welches zur Grundlage der Aufstellung von Kandidaten der SPD für den nächsten Stadtrat und der künftigen Arbeit der SPD – Stadtratsfraktion gemacht wird.

Auf der Ebene des Stadtverbandes finden künftig regelmäßig gemeinsame Sitzungen des Stadtvorstandes und der SPD-Stadtratsfraktion statt, in denen unter Einbeziehung der Mitglieder kontinuierlich tätiger kommunalpolitischer Arbeitsgruppen parteiöffentlich bilanziert wird, in welchem Maße die programmatischen (Wahl-) Ziele umgesetzt werden konnten und was erforderlichen falls zu deren Durchsetzung verbessert und/ oder getan werden muss.

## **BESCHLUSS K2**

**Weiterleitung an: SPD-Stadtratsfraktion**

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

### **Ein Händelplatz für Halle**

Die SPD-Stadtratsfraktion möge im Stadtrat und gegenüber der Stadtverwaltung darauf hinwirken, dass der Platz vor dem Graseweghaus den Namen „Händelplatz“ bzw. „Georg-Friedrich-Händel-Platz“ erhält.

## **BESCHLUSS K3**

### **Weiterleitung an: SPD-Stadtratsfraktion**

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

#### **Weibliche Vorbilder im halleschen Stadtbild präserter machen**

Die SPD-Stadtratsfraktion möge sich für die Sichtbarmachung weiblicher Vorbilder im Stadtbild der Saalestadt einsetzen, indem neu- oder umzubenennende Straßen bevorzugt Namen weiblicher Persönlichkeiten erhalten. Dabei sind Vor- und Zunamen in den Straßennamen aufzunehmen. Die Sichtbarmachung weiblicher Vorbilder soll insbesondere für solche Stadtgebiete gelten, in denen dem keine Aspekte des einheitlichen Erscheinungsbildes entgegen stehen.

## **BESCHLUSS K4**

**Weiterleitung an: SPD-Stadtratsfraktion**

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

### **Fair-Trade-Stadt Halle**

Die Stadtratsfraktion wird aufgefordert, die Stadtverwaltung prüfen zu lassen, inwiefern sich die Stadt Halle an der Fair-Trade-Town-Kampagne beteiligen kann, mit dem Ziel, sich um den Titel Fair-Trade-Stadt zu bewerben.

## **BESCHLUSS L1**

**Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion, Finanzminister und Kultusminister des LSA**

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

### **Ablehnung der geplanten Mittelkürzungen des Landes Sachsen-Anhalt für die Theater Oper und Orchester GmbH (TOO GmbH)**

Der Stadtverband der SPD Halle (Saale) spricht sich entschieden gegen die geplanten Mittelkürzungen des Landes Sachsen-Anhalt für die TOO GmbH in der bisher geplanten Form aus. Betriebsbedingten Kündigungen stellen für uns kein probates Mittel dar, um die derzeitigen finanziellen Probleme der Kultureinrichtungen der TOO GmbH zu lösen. Eine geordnete Insolvenz ("Schutzschirmverfahren") lehnen wir ab. Strukturveränderungen sollen daher im Konsens zwischen dem Kultusministerium, der Geschäftsführung der TOO GmbH sowie der Gesellschafter (d. h. der Stadt Halle [Saale]) erfolgen.



## **BESCHLUSS L2**

**Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion, SPD-Landtagsfraktion**

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

### **Studie für Theaterstätten Sachsen-Anhalts**

Die SPD-Landtagsfraktion möge darauf hinwirken, dass eine Studie über die Anziehungskraft der Theaterstätten Sachsen-Anhalts für Touristen und dazugezogene Einwohnerinnen und Einwohner in Auftrag gegeben wird.

## **BESCHLUSS L3**

**Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion, SPD-Landtagsfraktion**

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

**Kürzen allein ist noch keine Politik –  
Die Zukunft des Landes Sachsen-Anhalt muss politisch bestimmt werden!  
Finanzpolitische Grundsätze für ein Selbstverständnis  
der SPD Sachsen-Anhalt**

Das im europäischen Vergleich wirtschaftlich prosperierende Deutschland hat sich dem Kürzungsdiktat unterworfen: dem Grundsatz eines „schlanken“ Staates, der nur noch in wenigen gesellschaftlichen Bereichen aktiv ist und sich mehr und mehr aus der Finanzierung der Gemeinschaft zurück zieht. Manifester Ausdruck dieser Grundhaltung ist die Verankerung der Schuldenbremse, die vor allem den Bundesländern und in der Folge den Kommunen oktroyiert, praktisch nur so viel auszugeben wie eingenommen wird. Dieser Ansatz ist zwar grundsätzlich begrüßenswert, erweist sich jedoch angesichts der jahrzehntelangen destruktiven Einnahmen- und Ausgabenpolitik als desaströser Fehlschluss: Die Einnahmen wurden dem Bedarf nicht angemessen angepasst und können so jene stetig steigenden Ausgaben, zu denen wir uns als Gesellschaft politisch verpflichtet haben, nicht mehr decken. Auch wurde ein Schuldenberg, der nur noch theoretisch abbaubar ist, angehäuft. Damit werden wichtige staatliche und somit gesellschaftliche Investitionen verhindert: Man nehme allein die Unterfinanzierung der kommunalen Verkehrsinfrastruktur, in die jährlich bestenfalls fünf statt der benötigten 13 Milliarden Euro investiert werden oder den Bildungsbereich mit einer jährlichen Unterfinanzierung von schätzungsweise 56 Milliarden Euro.

### **Die Schuldenbremse generiert Verschuldung**

Verantwortlich für die Kluft zwischen Einnahmen und den eigentlich zu finanzierenden Aufgaben ist vor allem die aktuelle Steuerpraxis, die durch die Bevorteilung höherer Einkommen und Vermögen nicht genügend Einnahmen für die Gemeinschaft generiert. In der Folge werden wichtige Aufgaben nicht erledigt und notwendige Investitionen werden in die Zukunft verschoben. Bund, Länder und Kommunen leben von der nicht mehr nur sprichwörtlich bröckelnden Substanz. Somit passiert genau das, was die Schuldenbremse zu verhindern vorgibt: Die Lasten werden auf die nächsten Generationen übertragen. Statt Verschuldung nachhaltig zu verhindern, wird das Fundament für eine zukünftige Verschuldung gelegt.

Während die aktuelle Schuldenlast objektiv annähernd exakt anhand des Schuldenstandes zu beziffern ist, lassen sich negative Folgen aktueller Versäumnisse für die Zukunft ungleich schwerer darstellen. Meist erfolgt dies über den aktuellen Investitionsstau, der aber nur ein ungefähres Bild zukünftiger Ausgaben abgeben kann, da

er keine Kostensteigerung berücksichtigt ebenso wenig wie die Verluste durch die Verwahrlosung öffentlichen Eigentums. Solche Kosten werden also dann erst offenbar, wenn die aktuell politisch Handelnden nicht mehr im Amt sind, weshalb es politisch bequemer – wenngleich anspruchsloser – ist, sich am aktuellen Schuldenstand zu orientieren.

Negative Sekundärfolgen, die sich aus der mangelhaften Finanzierung der Gemeinschaft ergeben, lassen sich ungleich schwerer abschätzen, als es bei den Primärfolgen des allgegenwärtigen Investitionsstaus ohnehin der Fall ist: Der Schaden an einem Gebäude oder einer Straße lässt sich leicht beziffern, während die immer zahlreicher auftretenden Schäden an den Lebensläufen der Bevölkerung menschlich wie ökonomisch kaum zu erfassen sind: Psychische sowie psychosomatische Erkrankungen als Folgen des Leistungsdrucks im schulischen wie beruflichen Bereich nehmen stetig zu. Falsche Weichenstellungen, soziale Selektion und Kostendruck im Bildungswesen produzieren alljährlich eine enorme Zahl von gescheiterten Bildungskarrieren und vernichten somit wichtiges Potenzial. Dahinter stehen Menschen, die keinen Zugang mehr zum Arbeitsmarkt finden und somit zur Unterstützung der Gemeinschaft nicht zur Verfügung stehen.

### **Politik braucht inhaltliche Zielsetzungen**

Vor diesem Hintergrund fordern wir eine verantwortungsvolle, gemeinwohlorientierte Politik, die nicht nur einen aktuell ausgeglichenen Haushalt in den Mittelpunkt allen politischen Handelns stellt, sondern die Bewahrung der Gemeinschaft und ihrer Güter über die folgenden Legislaturperioden hinaus sowie die fortlaufende Anpassung unserer Organisation des Zusammenlebens an die gesellschaftliche Entwicklung. Politische Ziele müssen somit insbesondere inhaltlich definiert und mitnichten allein am Stand der Schulden ausgerichtet werden. Das Land Sachsen-Anhalt braucht unseres Erachtens eine klare Vorstellung von seiner eigenen Zukunft. Dafür bedarf es wohlformulierter, überprüfbarer politischer Zielsetzungen, anhand derer politisches Handeln zur Umsetzung dieser Ziele abzuleiten ist.

Die wirtschaftlich-historisch bedingte starke Zersiedelung und das reichhaltige kulturelle Erbe sind Reichtum wie Last für den stetig schrumpfenden Haushalt von Sachsen-Anhalt. Solange auf der Bundesebene keine Entscheidungen zur besseren finanziellen Ausstattung der Länder getroffen werden, bleibt dem Land nur eine Schwerpunktsetzung, um sich eine minimale politische Handlungsfähigkeit zu erhalten und das Land auf absehbare Zeit überlebensfähig zu halten.

### **Unsere politischen Schwerpunkte sind:**

**Bildungs- und Familienpolitik.** Sachsen-Anhalt gehört zu jenen Bundesländern, die mit großen sozialen Verwerfungen zu kämpfen haben. Überdurchschnittlich viele Kinder wachsen hier in Familien auf, die nicht allein für ihren Lebensunterhalt aufkommen

können, viele von ihnen bereits in zweiter und dritter Generation. Eine politische Schlussfolgerung sollte demzufolge sein, dass im Bildungswesen – also jener Struktur, die Menschen aus der sozialen Benachteiligung herausholen soll – überdurchschnittlich viel Geld ausgegeben werden muss, um dieser Schieflage mittelfristig entgegenwirken zu können. Prävention über Bildung ist hier unsere Devise! Das fängt in der Kindertagesstätte an und hört bei Berufsausbildung und Hochschulen auf.

Weitere einschneidende Kürzungen kommen für uns insbesondere im Hochschulbereich nicht infrage. Denn selbst bei vorsichtigen Hochrechnungen kann man hier von einer Minderung der Wertschöpfung im hohen dreistelligen Millionenbereich ausgehen. Dies würde unweigerlich sowohl zu massiven steuerlichen Mindereinnahmen, als auch zu einer Belastung der Sozialversicherungssysteme führen. Hier spielen auch absehbare wirtschaftliche Schäden für Einzelhandel, ÖPNV, Daseinsvorsorgebetriebe etc. mit hinein. Äußerst kurzfristige Konsolidierungseffekte dürften somit schon bald durch Einbrüche bei den Einnahmen des Landes konterkariert werden. Das Ziel der Haushaltskonsolidierung lässt sich damit nach unserem Verständnis nicht erreichen.

Sachsen-Anhalt ist schon jetzt ein guter Ausbildungsort für viele junge Menschen aus ganz Deutschland und der Welt. Dies ist ein enormer Schatz. Nicht nur weil junge Menschen in ein ansonsten von der demografischen Entwicklung benachteiligtes Land frischen Wind mitbringen, sondern weil sie hier leben, kreatives Potenzial entwickeln, Ideen und Produkte für morgen kreieren. Nicht zuletzt sind sie auch – das wurde mittlerweile vielfach belegt – ein enormer, nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor.

**Nachhaltige, umweltgerechte Wirtschaftspolitik.** Bei allem Fortschritt der letzten Jahre ist Sachsen-Anhalt immer noch ein wirtschaftlich unterentwickeltes Land, wenngleich es gelungen ist, einige zukunftsfähige Industriezweige zu etablieren, die es weiter zu stärken gilt. So ist Sachsen-Anhalt trotz der Rückschläge in der Solar-Branche ein Land der erneuerbaren Energien. Gelingt es Sachsen-Anhalt, Bildung als wesentlichen Standortfaktor zu begreifen, die Bedingungen dafür zu verbessern und die schlaun Köpfe nach Sachsen-Anhalt zu holen und durch entsprechende Forschungs- Technologie-, Förder- und Standortpolitik auch Ergebnisse dieser Forschung, beispielsweise neue Produkte und Produktionsweisen im Land zur Anwendung zu bringen, dann gibt es gute Aussichten, den Bevölkerungsschwund zu stoppen und wieder Zuwächse zu verzeichnen.

Die bestehenden Forschungseinrichtungen leisten bereits gute Arbeit, aber insbesondere bei der Etablierung bzw. industriellen Anwendung von Forschungsergebnissen gibt es noch großes Potential. Da in Sachsen-Anhalt keine Großunternehmen oder kaum größere mittelständische Unternehmen ihren Sitz oder ihre Forschungseinrichtungen haben, fehlt insbesondere das Kapital um Forschungsergebnisse der industriellen Nutzung zuzuführen. Aber genau diese Erschließung von Technologien kann einen langfristigen und erfolgreichen Beitrag zur Industrialisierung Sachsen-Anhalts leisten. Daher ist das Land gut beraten, in die Förderung von Forschung und insbesondere in die Implementierung

von Technologien zu investieren. Der Wandel wird jedoch nur dann eintreten, wenn Sachsen-Anhalt seinen Status als Niedriglohnland mit vielen prekären Beschäftigungsverhältnissen überwindet. Ohne gut bezahlte Arbeitsplätze, von denen Menschen, insbesondere Familien leben können, wird sich die demografische wie soziale Abwärtsspirale weiter drehen.

**Starke Zentren für ein starkes Land.** Sachsen-Anhalt ist ein Flächenland mit großen Gebieten mit geringer Bevölkerungsdichte. Es ist bereits jetzt überdurchschnittlich stark vom in den meisten Industriestaaten zu beobachtenden Bevölkerungsrückgang betroffen und von der Überalterung der Bevölkerung bedroht. Wie wir das Land heute kennen, wird es in 50 Jahren nicht mehr sein. Ländliche Regionen werden noch weniger besiedelt sein, die Bevölkerung wird sich stärker auf die Zentren konzentrieren. Dies gilt es bereits in der heutigen Politik zu berücksichtigen. Ganz unaufgeregt müssen wir hier Antworten auf die Fragen finden, die der Bevölkerungsschwund für unser Land mit sich bringt. Ein „weiter so“ ist jetzt schon nicht mehr möglich, doch Alternativen gibt es viele. Doch alle bisherigen Szenarien weisen auf einen Kernpunkt hin, den diese Alternativen berücksichtigen müssen: Nur die Zentren haben noch die Kraft, das Land auf Dauer und mit Nachdruck zu stärken. Sie müssen deshalb gemeinsam mit den sie umgebenden Kernregionen bevorzugt und besonders gefördert werden.

### **Druck auf Bundesebene für eine bessere Steuerpolitik:**

Wollen wir für die Politik in unserem Land und unseren Kommunen mehr Spielräume erhalten, so muss die Steuerpolitik auf Bundesebene geändert werden. Wir brauchen eine Reform der Länder- und Kommunalfinanzen. In unserem föderalen System haben die Bundesländer ausreichend Möglichkeiten für entsprechende Gesetzesinitiativen auf Bundesebene. Daher ist die Landesregierung in der Pflicht, hier aktiv zu werden.

Ein wesentliches Mittel, die Gesellschaft und die Finanzierung der gesamtgesellschaftlichen Aufgaben zu stärken, ist die Herstellung von Steuergerechtigkeit und somit die stärkere Besteuerung von hohem Einkommen und Vermögen. Die Beendigung der unterschiedlichen Besteuerung von Lohn- und Kapitaleinkünften ist hier nur ein Beispiel. Weiterhin ist es unabdingbar, dass die Möglichkeiten der Steuervermeidung und -verringerung minimiert werden. Hier gibt es noch ausreichend Möglichkeiten, die der Gesetzgeber bislang nicht ausgeschöpft hat. Die Angliederung der Steuerfahndung an die Bundesebene wäre ein erster wichtiger Schritt.

Die Änderung der Steuerpolitik muss vor allem den Kommunen zugute kommen, denn hier merken die BürgerInnen zuallererst die dramatische Unterfinanzierung öffentlicher Gemeinschaftsausgaben, sei es bei der kommunalen Infrastruktur (insbesondere im Verkehrswesen und im Bildungsbereich) oder beim schleichenden Abbau über Jahrhunderte aufgebauter kultureller Errungenschaften. Die kommunalen Räte verkommen so immer mehr zu reinen Kürzungsgremien mit immer kleineren Gestaltungsspielräumen. Dies unterhöhlt unsere Demokratie.

Da das Land hier nicht allein entscheiden kann, sondern nur in Zusammenarbeit mit den anderen Bundesländern und idealerweise unterstützt durch den Bundestag, wird dieser Weg Zeit brauchen. Zeit, die das Land bei vielen aktuell anstehenden Problemen kaum noch hat. Gerade deshalb müssen alle finanzpolitischen Entscheidungen jetzt behutsam getroffen werden, das heißt mit Blick darauf, welche mittel- und langfristigen Folgen sie mit sich bringen.

**Wir stellen an diese und künftige Landesregierungen folgende Ansprüche:**

- Finanzpolitik an den politischen Zielstellungen auszurichten, und nicht ausschließlich an vermeintlichen fiskalischen Kürzungszwängen. Kürzungen mit der „Rasenmäher-Methode“ sind demnach auszuschließen;
- in diesem Zusammenhang alle geplanten Kürzungen daraufhin zu evaluieren, inwiefern sie tatsächlich zu längerfristigen positiven Haushaltseffekten führen und nicht den Weg für weitere Einnahmerückgänge durch Folgeprobleme bereiten;
- alle fiskalischen Spielräume zu nutzen, um Kürzungen in Bereichen, die für die zukünftige Stärke des Landes unabdingbar sind, so gering wie möglich zu halten;
- eine Initiative auf Bundesebene zur Verbesserung der Einnahmesituation von Ländern und Kommunen durch eine veränderte Steuerpolitik zu starten;
- und die trotz der Schuldenbremse bestehende Möglichkeit der Kreditaufnahme zu nutzen, bis die Initiative zur Verbesserung der Einnahmesituation von Ländern und Kommunen greift.

Dieser Antrag wird Grundlage zukünftiger Wahlprogramme und Vorstände.

## **BESCHLUSS L4**

### **Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion**

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

#### **Zukunftsfähigkeit des Wissenschaftssystems in Sachsen-Anhalt sichern**

Die SPD Landtagsfraktion und die SPD Mitglieder der Landesregierung in Sachsen-Anhalt werden aufgefordert, entsprechen den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu den „Perspektiven des deutschen Wissenschaftssystems“ in die aktuell stattfindende Hochschuldebatte in unserem Land folgende Punkte einzubringen und auf deren Umsetzung bei einer Neustrukturierung des Hochschulsystems hinzuwirken:

- Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen müssen langfristig finanziell gesichert werden, dabei muss die Last zwischen Bund und Ländern gerecht verteilt werden. Deshalb richten Bund und Länder einen gemeinsamen „Zukunftspakt“ ein, der die bestehenden Programme - Hochschulpakt, Exzellenzoffensive - nach deren Auslaufen ersetzt.
- Qualität und Attraktivität der Hochschulen müssen bei Sicherung der bestehenden Kapazitäten gesteigert werden. Deshalb müssen folgende Ziele in die neuen Zielvereinbarungen des Landes mit den Hochschulen ab 2015 Eingang finden:
  - Klare Karrierewege für den wissenschaftlichen Mittelbau definieren
  - Bessere Betreuung von Studierenden
  - Bessere Durchlässigkeit innerhalb des horizontal differenzierten Hochschulsystems
  - Steigerung des Anteils ausländischer Studierender
  - Gezielte Profilierung der Hochschulen auch über die Lehre
- Unterstützung der bestehenden Forschungsschwerpunkte durch eine Fortführung der „Rahmenvereinbarung Forschung und Innovation“ des Landes
- Keine Absenkung der kapazitätsrelevanten Studienplätze.
- Die Investitionspauschale ist nicht abzusenken.
- Förderung von bestehenden Kooperationen von Wissenschaft und Wirtschaft und Unterstützung der Hochschulen beim Neuaufbau solcher Kooperationen.
- Den Hochschulen werden zusätzliche Mittel für die sogenannten Rektoratsreserven zugewiesen, um besonders exzellente Professorinnen und Professoren berufen zu können.

- Die Graduiertenförderung ist inhaltlich und strukturell zu evaluieren. Die Mittel für die Förderung ist dabei nicht abzusenken.



**BESCHLUSS L5**

**Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag  
zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion**

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

**Studentenwerke in Halle und Magdeburg langfristig finanzieren**

Wir fordern die SPD Fraktion im Landtag auf, in den laufenden Haushaltsdiskussionen Mittel, zur Ausbringung von Verpflichtungsermächtigungen für die Jahre 2015 und 2016, im bestehenden Haushaltsentwurf umzuschichten, so dass die Grundlage für eine dreijährige Zielvereinbarung gelegt ist, die das Bestehen der Studentenwerke sichert. Dabei ist darauf zu achten, dass die Mittelzuweisungen nicht abgesenkt werden.

## **BESCHLUSS L6**

**Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag  
zur Weiterleitung an dies SPD-Landtagsfraktion**

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

### **Hochwasserschutz**

1. Hochwasserschutz muss länderübergreifend, koordiniert und durch eine mit entsprechenden Vollmachten ausgestattete Institution erfolgen.
2. Für Planfeststellungsverfahren im Hochwasserschutz muss das Rechtsprocedere gegebenenfalls so verändert werden, dass verhängnisvolle Verzögerungen vermieden werden.
3. Bei der Festlegung von Maßnahmen im Hochwasserschutz sind umweltgerechte Maßnahmen (definierte Flutungsflächen und naturnahe Flussläufe) vorzuziehen. Deichbauten sind auf Bereiche der unmittelbaren Gefahrenabwehr (in städtischen Bereichen und an anderen neuralgischen Punkten) zu konzentrieren.
4. Für Bewohnerinnen und Bewohner in Regionen, die als Überflutungsflächen ausgewiesen sind, sollte auf freiwilliger Basis ein entsprechend gefördertes Umsiedlungsprogramm aufgelegt werden.
5. Bis zur Umsetzung der Punkte 1 und 2 hat die Landesregierung zügig ein Prioritätenprogramm Hochwasserschutz aufzulegen, das neben der landesweiten Bestandsaufnahme eine Einstufung des Gefährdungspotenzials vornimmt, eine Abstimmung mit den Nachbarländern nachweist und einen Zeitplan der Ersatz- bzw. Sanierungsmaßnahmen veröffentlicht.

**BESCHLUSS L7**

**Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion; SPD-Landtagsfraktion**

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

**Saale-Elster-Kanal zu den Akten legen**

Sachsen-Anhalt soll sich nicht an den Plänen zur Fertigstellung sowie einer möglichen Finanzierung des Baus des Saale-Elster-Kanals im südlichen Sachsen-Anhalt beteiligen.

## **BESCHLUSS L8**

**Weiterleitung an: SPD-Stadtvorstand; Delegierte zu Landesparteitagen; SPD-Landesvorstandsmitglieder; Mandatsträgerinnen und Mandatsträger aus der SPD Halle**

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

### **Dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern**

Die SPD Halle spricht sich dafür aus, dass die zentralen Aufnahmelager für Asylsuchende in Sachsen-Anhalt zugunsten von städtischen, dezentralen Wohnungen aufgelöst werden. Entsprechende Anträge auf Parteitag, im Landtag oder im Stadtrat sollen von Mitgliedern der SPD Halle unterstützt werden.

## **BESCHLUSS L9**

**Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag  
zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion, SPD-  
Landtagsfraktion**

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

### **„Nein!“ zum sogenannten Familienstandsdarlehen**

Die SPD Sachsen-Anhalt lehnt das sogenannte Familienstandsdarlehen der CDU Sachsen-Anhalt ab und wird dieses Modell oder auch ähnliche Konstruktionen nicht unterstützen bzw. mittragen.

Die SPD Sachsen-Anhalt missbilligt

- das sogenannte Familienstandsdarlehen in seiner Grundkonzeption der Vergabe von zinslosen Darlehen an junge Ehepaare und die Möglichkeit des späteren „Abkinderns“ durch Erlass eines Teils der Darlehenssumme pro in der Ehe geborenem Kind;
- die Diskriminierung homosexueller Partnerschaften, in denen auch Kinder zur Familie gehören können, sogenannte Patchwork-Familien, Alleinerziehende und unverheiratete Paare, ebenso wie die älterer Paare über 35 Jahre;
- die Fixierung auf ein bestimmtes Familienmodell (Vater, Mutter und x Kinder).

Die SPD Sachsen-Anhalt fordert:

Kinder dürfen nicht zu einer Ware werden die einen finanziellen Vorteil einbringen. Stattdessen ist das Geld in eine gute, flächendeckende Kinderbetreuung und frühkindliche Bildung zu investieren, die allen Kindern und nicht nur jenen von verheirateten Paaren zugutekommt. Zudem müssen die Lebensrealitäten junger Menschen heutzutage anerkannt werden, die durch hohen Druck und Unsicherheiten in der Ausbildung und dem Start in das Berufsleben immer später die Entscheidung für eine Familie fällen und immer flexibler bezüglich ihres Wohnortes sein müssen. Dieser Druck ist durch geeignete Maßnahmen zu senken. In Sachsen-Anhalt müssen gute Bedingungen für junge Familien geschaffen werden einschließlich guter, sicherer Arbeitsplätze für die Eltern. Dies fördert Familien in unserem Land besser als jede Kinderprämie.

## **BESCHLUSS L10**

### **Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag**

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

#### **Kennzeichnungspflicht als Koalitionsbedingung**

Die SPD Sachsen-Anhalt begrüßt die in der Debatte um das Sicherheits- und Ordnungsgesetz getätigte Aussage des stellvertretenden SPD-Landes- und Landtagsfraktionsvorsitzenden, Rüdiger Erben, ohne eine verbindliche Aufnahme der Kennzeichnungspflicht mit rotierenden Ziffern für Polizeibeamtinnen und -beamte in einen künftigen Koalitionsvertrag werde die SPD „nicht zu haben sein“, und erhebt diese Feststellung zum Landesparteitagsbeschluss.

## **BESCHLUSS L11**

**Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion**

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

### **Einrichtung einer Ermittlungsstelle für unangemessene Polizeigewalt**

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, die Möglichkeiten zur Errichtung einer unabhängigen Beschwerde- und Untersuchungsstelle für Fälle von unangemessener Polizeigewalt zu prüfen, gegebenenfalls mit dem Koalitionspartner darüber zu verhandeln und dem nächsten ordentlichen Landesparteitag über die Ergebnisse zu berichten.

## **BESCHLUSS B1**

**Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion; SPD-Landtagsfraktion**

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

### **Versorgung psychisch erkrankter Elternteile**

In Sachsen-Anhalt soll ein Angebot geschaffen werden, das die stationäre Unterbringung und angemessene Versorgung psychisch erkrankter Eltern(-teile) mit ihren Kindern sicherstellt.



## **BESCHLUSS B2**

### **Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag und die SPD-Bundestagsfraktion**

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

#### **Kinder- und Jugendhilfe auf sichere Füße stellen**

Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe sind in den nächsten Jahren verschiedene politische Weichenstellungen durchzuführen:

- Die Rolle der Kinder- und Jugendhilfe als Bildungs- und Erziehungsinstanz ist neu zu definieren und zu regeln. Insbesondere sollen Bund und Länder analog zum Bereich der Kinderbetreuung eine größere Verantwortung für die Ausgestaltung der Angebote und Leistungen übernehmen.
- Es sind Standards für die Ausstattung der Jugendämter gesetzlich festzulegen. Dafür ist die Verantwortung des Bundes für einheitliche Jugendhilfestandards klar zu definieren. Hierzu muss die Beziehung zwischen Bund, Ländern und Kommunen neu und verlässlich geregelt werden.
- Die Finanzausstattung der Kommunen zur Erfüllung ihrer Aufgaben in der Kinder- und Jugendhilfe muss verbessert werden. Hier sind der Bund und die Länder in der Pflicht.
- Es gilt insbesondere zu prüfen, inwieweit die Finanzierung präventiver Angebote, die derzeit oftmals als freiwillige Leistungen dem Ausgabenkürzungsdruck zum Opfer fallen, dauerhaft finanziell gesichert werden können. Dazu sollten einheitliche Standards festgelegt werden.
- Die Ausführungsgesetze der Länder sind schneller zu novellieren und dem aktuellen Stand des SGB VIII anzupassen.
- Weiterhin gilt es zu prüfen, inwiefern die Landesjugendämter in ihrer Bedeutung insbesondere für die interkommunale Verzahnung der Kinder- und Jugendhilfe wieder deutlich gestärkt werden können.
- Eine kontinuierliche Forschung zur Wirksamkeit der Angebote und Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe ist unter Rückgriff auf bereits vorhandene Ergebnisse aufzunehmen.

## **BESCHLUSS B3**

**Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag,  
zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag, zur Weiterleitung an  
die SPD-Bundestagsfraktion**

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

### **Einschulungsbeihilfe**

Empfängerinnen und Empfängern von Arbeitslosengeld II wird zur Einschulung des Kindes ein einmaliger Betrag in Höhe von 160 Euro für die Erstattung von Kosten zum Schulstart von der zuständigen Behörde gewährt. Das Geld ist aus dem Bundeshaushalt bereitzustellen und darf nicht auf den Regelsatz angerechnet werden.

## **BESCHLUSS B4**

**Weiterleitung an: SPD-Bundestagsabgeordnete aus Sachsen-Anhalt; SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an die SPD-Bundestagsabgeordneten aus Sachsen-Anhalt**

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

### **Reduzierter Mehrwertsteuersatz für sogenanntes Sozialcatering**

Für sogenanntes Sozialcatering, also die Essensversorgung für soziale Einrichtungen wie (Berufs-/Hoch-)Schulen, Kindertagesstätten oder Pflegeheime, soll künftig nur noch der reduzierte Mehrwertsteuersatz zur Anwendung kommen. Es gilt zu prüfen, inwiefern zur Kompensation der reduzierte Satz für andere Produkte, der nicht unmittelbar mit einer Entlastung im sozialen Bereich einhergeht, abgeschafft werden kann.

## **BESCHLUSS B5**

**Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag**

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

### **Abschaffung der Residenzpflicht**

Die bestehende Residenzpflicht für Asylbewerber\*innen ist komplett abzuschaffen und die Reisefreiheit für diese Menschen in Deutschland zu garantieren.

## **BESCHLUSS B6**

### **Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an SPD-Bundeparteitag**

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

#### **Aufhebung der Pflicht zur Zuordnung zu einem Geschlecht**

Die SPD setzt sich dafür ein, dass bei Personen, deren Geschlecht nicht eindeutig festgestellt werden kann, ein provisorischer Geschlechtseintrag im Personenstandsregister erfolgt. Ab Erreichen der Einwilligungsfähigkeit kann die betreffende Person eine Änderung des eingetragenen Geschlechts und/oder Vornamens per Willenserklärung erwirken. Entsprechend des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 5.12.2008 sind geschlechtsneutrale Vornamen generell zu ermöglichen. Für den Geschlechtseintrag wird als dritte Option „nicht zugeordnet“ eingeführt. Entsprechend notwendige gesetzliche Folgeregelungen sind zu treffen.

## **BESCHLUSS B7**

**Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag**

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

### **Generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen**

An dem 2007 auf dem SPD-Bundesparteitag getroffenen Beschluss für ein generelles Tempolimit von 130 km/h auf deutschen Autobahnen wird festgehalten. Dieser wird zukünftig bis zu seiner Umsetzung stets in Bundestagswahlprogramme und Koalitionsverhandlungen aufgenommen.

## **BESCHLUSS B8**

**Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Bundestagsabgeordnete aus  
Sachsen-Anhalt**

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

### **Umwandlung der Kirchensteuer in ein kircheneigenes Beitragssystem**

Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Kirchensteuer durch ein kircheneigenes Beitragssystem ersetzt wird.

## **BESCHLUSS B9**

### **Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion; SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag**

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

#### **Zwangstranssexualisierungen verhindern**

Die Jusos sowie die SPD setzen sich für eine Anerkennung der Rechte von intersexuellen Menschen ein. Dafür wird die SPD-Bundestagsfraktion aufgefordert, entsprechende Anträge im Bundestag zu unterstützen.

1. Es dürfen keine chirurgischen und/oder medikamentösen/hormonellen Eingriffe erfolgen, so lange keine lebensbedrohliche Indikation zugrunde liegt.
2. Kosmetische Eingriffe dürfen nur bei ausdrücklicher Einwilligung der betroffenen und zuvor ausführlich informierten Personen stattfinden. Eine alleinige Zustimmung der
3. Erziehungsberechtigten genügt nicht. Die behandelnden Mediziner\_innen informieren die betroffenen Personen über alle gegenwärtigen und zukünftigen Risiken von Eingriffen sowie deren Unterlassung schriftlich. Das gilt insbesondere bei der Entfernung hormonproduzierender Organe und daraus resultierenden medikamentösen Hormonersatztherapien.
4. Bei Entlassung händigen die behandelnden Mediziner\_innen den betroffenen Menschen bzw. deren Eltern unaufgefordert eine Kopie der Patientenakte aus.
5. Die Eltern von betroffenen Kindern sind wahrheitsgetreu aufzuklären. Für die betroffenen Menschen selbst gilt eine stufenweise, altersgerechte Aufklärung über ihre Besonderheit. Zur Aufklärung und Vernetzung von betroffenen Personen sollen außerklinische, interdisziplinäre Kontakt- und Beratungszentren öffentlich finanziert und ausgebaut werden.



**BESCHLUSS B10**

**Weiterleitung an: SPD-Bundestagsabgeordnete aus Sachsen-Anhalt; SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an die SPD-Bundestagsabgeordneten aus Sachsen-Anhalt**

Der SPD-Stadtparteitag hat beschlossen:

**Investitionsprogramm kommunale Straßen**

Die Bundesregierung soll ein Programm zur Auflösung des Investitionsstaus bei den kommunalen Straßen auflegen. Dieses soll an Kriterien wie Fußgänger- und Radfahrerfreundlichkeit, demografische Nachhaltigkeit sowie Bevorzugung des ÖPNV gebunden werden. Haushaltsmittel in einem angemessenen Umfang sind dafür bereitzustellen.